

Dortmunder Zeitung

Dortmunder Anzeiger.

Samstags-Beilage: „Für Haus und Hof“, Blätter für Land-, Garten- und Hauswirtschaft.

Mittwoch, den 8. Juni 1881.

54. Jahrgang.

Nr. 153.

Deutschland.

Berlin, 3. Juni. [Verfolgung Haffelmanns.] Unter einer gewissen Sensation des Hauses hatte Herr v. Puttamer als Bundeskommissar bei dem Reichstagsbeschluss über die Ausführung des Sozialistengesetzes angekündigt, dass gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Haffelmann die Anklage wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung werde erhoben werden. Seitdem sind ungefähr zwei Monate verflossen, aber die Anklage, von welcher der Minister gesprochen, lässt noch immer auf sich warten. Wir hören nunmehr aus guter Quelle, dass aus der Verzögerung nicht geschlossen werden darf, die gehegte Absicht sei aufgegeben, sondern dass man zu künftigen Orts mit der Sammlung und möglichst exakten Begründung des zur Anklage dienenden Materials beschäftigt ist und dass der interessierte Kontingentsprozess etwa im Juli anhängig gemacht werden soll. Unter den Sozialdemokraten im Reichstage ist man selbstverständlich wenig erbaud von einem Vorgange, bei welchem zum mindesten die schmutzige Wäsche der Partei an das Tageslicht gezogen wird, der aber auch möglicherweise nach manchen Richtungen hin kompromittierend wirken kann. Die sozialistischen Abgeordneten ergreifen mit Heftigkeit jede Gelegenheit, um allen, die es hören und glauben wollen, ihren Abscheu vor dem „agent provocateur“ Haffelmann auszudrücken. Einem Spion pflegt indessen derjenige, der ihn als solchen gebraucht hat, gemeinlich kein Prozess zu machen.

[Königsbach.] Ein Berliner Blatt berichtet, der Oberpräsident Dr. Königsbach sei in die Differenzen wegen der angeblichen Begünstigung der Berliner Stadtverwaltung unter dem letzten Ministerium Eulenburg verwickelt worden, dass er beabsichtige, seinen gegenwärtigen Posten zu verlassen. Dazu bemerkt die „Fr. Ztg.“: Wir haben auch unterrichtet, dass es im Bereiche der Möglichkeit liegt, dass Herr Dr. Königsbach in einem gewissen Falle auf seinen Wunsch versetzt werde, der in Rede stehende Fall liegt jedoch keineswegs vor, und die Kombination, dass die Sache mit der hiesigen städtischen Verwaltung in Verbindung stehe, ist völlig grundlos.

[Der belgische Handels-Vertrag.] welcher am 2. ds. Mts. im Bundesrat allgemeine Zustimmung fand, hat nach Angabe der „Fr. Ztg.“ folgenden Wortlaut: Die kaiserliche deutsche Regierung und die königliche belgische Regierung haben zum Zwecke einer Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien beschlossen: Art. 1. Nachstehende Uebereinkunft vom 22. Mai 1865, welche auf Grund der Uebereinkunft vom 22. April 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 in Kraft erhalten worden ist, bleibt in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der hohen Vertragschließenden Teile dieselbe gekündigt hat. Es herrscht darüber Einverständnis, dass diese Verlängerung sich nicht auf die bereits außer Kraft getretenen Bestimmungen in den Artikeln 7 und 8 des Vertrages erstreckt. Art. 2. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifiziert werden und die Ratifikations-Urkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Zur Urkund dessen haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen vorstehende Uebereinkunft in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ihre Siegel beigesetzt. So geschehen zu Berlin, den 30. Mai 1881.

[Milan.] Zu den meist besprochenen Vorgängen wird in der nächsten Zeit die Reise des Fürsten Milan von Serbien nach Berlin über Wien gehören. Es kann nicht fehlen, dass man sie in Vergleich bringt mit der vorjährigen Reise des damaligen Fürsten und Königs Karl von Rumänien und sie für eine Sonderungstour für das serbische Königtum erklärt. Bekanntlich sind die serbischen Königschmerzen nicht viel jünger als die rumänischen. Es fragt sich aber, ob man gegenwärtig in Wien ein größeres Verständnis für sie hat als früher. Am Wallhausplatz hat man sich bis jetzt beharrlich dem Gedanken gegenüber, ein „königliches“ Serbien zum Nachbarn zu haben, äußerst

feindselig verhalten und mit Entschiedenheit immer wieder geltend gemacht, dass sich Serbien Österreich noch ganz anders verpflichten müsse, als es bis dahin gethan. Nun kann es aber nicht geleugnet werden, dass Fürst Milan dadurch, dass er sich aus der Umklammerung seines ehemaligen, Österreich ungemein feindseligen Ministers Ristic losgemacht, die Basis gefunden hat, auf der er mit Österreich jene freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen imstande ist, als deren erste reife Frucht ja auch der kürzliche Abschluss des österreichisch-serbischen Handelsvertrages zu betrachten ist. In diesem unterzeichneten Kreise wird denn auch versichert, dass man in Wien nunmehr seinen Widerspruch gegen die Erhebung des Fürstentums Serbiens zu einem Königreiche fallen gelassen habe und dass die deutsche Regierung keinen Anlass zu haben glaube, in dieser Frage von der Verhaltenslinie abzuweichen, welche die befreundete Großmacht gewählt. Indessen heißt es zuverlässig, dass die Reise des Fürsten Milan nicht lediglich der neuen Königswürde gälte, sondern dass auch „weitere Zwecke“ mit derselben verbunden seien. Für Konjekturen ist damit ein geräumiges Feld eröffnet.

[Die „Germania“] knüpft an die Rede des Abg. Liebknecht und dessen Stellung zur Regierung folgende Bemerkungen: Mit den Schlagworten „revolutionär“ und „reformatorisch“ ist die Sachlage nicht klar zu stellen; es kommt alles auf die Thatigkeit an, dass mit dem von der Regierung verlangten Eintreten der Reichsmittel für die Versicherungsgesellschaft bei bestimmten minimalen Lohnsätzen tatsächlich dem sozialistischen System eine Konzeption gemacht wird, welche trotz der Logik der Thatigkeiten weitere Konzeptionen zur Folge haben muss. Den Arbeitern wird es nicht einleuchten, dass nur die Arbeiter ihrer Zukunft sicher sein sollen, welche das seltene Glück haben, zu verunglücken. Sie werden folgerichtig die Errichtung einer Alters-, Krankheits- und Invaliditätsversicherung mit Aufschub fordern. Da aber unsere derzeitigen Verhältnisse eine solche Sicherheit des Einkommens nicht garantieren, der Arbeiter also sich öfter außer Stande sehen wird, die Prämien zu bezahlen, so werden immer höhere Ansprüche an den Staat gestellt werden. Man wird das Recht auf Arbeit, auf Verdienst anerkennen müssen, und der sozialistische Staat mit seiner Regelung der Produktion und Konsumtion ist fertig. Insofern hatte der Abg. Liebknecht recht, wenn er die Versicherung mit Staatszuschuss als die Spitze des Reils bezeichnete, der in unsere soziale Gefesekgebung getrieben werde, und dem das die Ende nachfolgen werde.

[Widhat.] In Konstantinopel hält der bevorstehende Staatsprozess gegen Widhat Pascha und seinen Mitangeklagten wegen angeblicher Ermordung des Sultans Abdul Aziz die Gemüter beständig in Aufregung. Wie der Telegraph aus diplomatischen Kreisen meldet, macht sich unter den Sofas eine bedenkliche Gährung gegen Said Pascha zu Gunsten Widhats geltend. Man scheint am Goldenen Horn etwas aus den letzten Vorgängen in Petersburg gerannt zu haben, denn ein Drohschreiben, das Said Pascha erhielt, ging von einem „Aktionskomitee der Internationale in Konstantinopel“ aus; die Bewahner des Jildiz Kiosk befinden sich infolge dieser Vorworte in großer Aufregung. Die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen sollen im großen Saale des Handelsministeriums, wo seinerzeit das osmanische Parlament getagt hat, stattfinden. Wie verlautet, beabsichtigen zwei Söhne des Sultans Abdul Aziz, die Bringen Jusuf Pascha und Djelaleddin, als Zivilkläger aufzutreten. Vorherrschender des Gerichtshofes wird Ahmed Tewfik Pascha, der einstige Vorsitzende des türkischen Parlamentes und Widhats Mitarbeiter an der türkischen Verfassung, sein.

[Die hamburger Frage] — dies kann als entschieden angenommen werden — beschäftigt in dieser Session nicht mehr den Reichstag, da die Verhandlungen über den Abschluss des Vertrages betreffend den Zollanschluss Hamburgs in Hamburg selbst noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Die Kostenfrage, wonach das Reich 40 Millionen übernehmen soll, findet

fast bei allen parlamentarischen Parteien Widerspruch und mit Recht wird gefragt, ob denn dem deutschen Steuerzahler durch diesen Zollanschluss so viele Vorteile erwachsen, dass man diese kolossale Summe für diesen Zweck, zumal Hamburg doch noch ein großes Freihafengebiet behält, hergeben solle. Selbst in konservativen Kreisen wird hervorgehoben, dass ebenso gut wie Hamburg später Städte wie Danzig und Stettin mit dem Verlangen, Freihäfen zu werden und vom Reich hierfür die nötige Subvention zu erhalten, an die Reichsregierung herantreten könnten.

* **Karlsruhe, 7. Juni.** [Lehrer-Versammlung.] Die allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung wurde heute unter sehr zahlreicher Beteiligung des Publikums in der Festhalle mit dem Gesange des Liedes „Großer Gott, wir loben Dich“ eröffnet. Es waren gegen 2000 Lehrer und Lehrerinnen aus allen Teilen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz erschienen. Im Auftrage der französischen Regierung ist Schulinspektor Joite aus Paris eingetroffen. In das Präsidium wurden Schulrat Hoffmann (Hamburg), Direktor Heinrich (Brag) und Rektor Specht (Karlsruhe) gewählt. Die Versammlung wurde von dem Bürgermeister Schmeier (Karlsruhe) und im Auftrage der badischen Schulbehörde vom Oberschulinspektor Armbruster begrüßt. Gegen 10 1/2 Uhr vormittags erschien Sr. königliche Hoheit der Großherzog von Baden und wurde mit einem stürmischen Hoch empfangen.

* **Karlsruhe, 7. Juni.** [Lehrer-Versammlung.] Die allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung fasste folgende Resolutionen: 1. Zur Hebung des Schulwesens sind die freien Lehrer-Vereine und Lehrer-Versammlungen ein ebenso notwendiges als erfolgreiches Mittel. 2. Die Versammlung erklärt: a) Religiösität und nationale Erziehung gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Volksschule, b) die Versammlung erblickt in der Simultanerziehung keine Gefahr für die religiösitätliche Bildung des Volkes und keine Schädigung des nationalen Gedankens.

* **Paris, 6. Juni.** [Rückkehr.] Wie die „Agence Havas“ vernimmt, wird ein Teil des tunesischen Expeditionskorps binnen kurzem nach Frankreich zurückkehren.

* **Petersburg, 4. Juni.** [Zoll-Erhöhung.] Nach amtlicher Bekanntmachung werden vom 1. Juni a. St. (13. Juni n. St.) die Zollsgebühren pro Pud Zute am 40 Kopeken, für Zute, Leinwand und grobe Emballagegegenstände um 2 Rubel, für Zuteleinenläufer, Samt und dergleichen um 50 Prozent gegen den bisherigen Tarif erhöht.

* **Petersburg, 4. Juni.** [Utsafe.] Der Regierungsbote veröffentlicht die kaiserlichen Utsafe, durch welche der Kriegsminister Graf Witulin und der Generalgouverneur von Finnland, Graf Adlerberg III., auf ihre Bitte wegen zerütteter Gesundheit ihrer Stellen entbunden werden. An Stelle Witulins wird General Wannoowski zum Kriegsminister und an Stelle Adlerbergs der bisherige Generalstabschef Graf Heyden II. zum Generalgouverneur von Finnland ernannt. Ein Reskript des Kaisers erteilt dem Grafen Witulin die Witomische des jetzigen und des verstorbenen Kaisers mit Diamanten auf der Brust zu tragen.

* **Petersburg, 7. Juni.** [Eine neue Verschwörung.] Aus Petersburg erhält die Wiener „Presse“ von bisher sehr zuverlässiger Quelle, selbstverständlich auf einem Umwege, nachstehendes Telegramm: „Petersburg, 1. Juni. In der vorigen Woche wurde auf dem Substanti-Projekt ein Konspirations-Vokal in einem Chambre Garni aufgehoben und zugleich einundzwanzig Personen verhaftet. Die Polizei hat von der Existenz dieses Konspirations-Vokales und von einer bevorstehenden Versammlung von Verschwörern durch einen Tischler Kunde erhalten, welcher das nebenanliegende Quartier bewohnt und hören konnte, was seine Nachbarn sprachen, wenn laut gesprochen wurde. General Baranow ließ die Quartierswirtsin zu sich kommen und erklärte ihr, sie habe einen von ihm gewählten höheren Polizeioffizier, den Oberstleutnant *, im betreffenden Quar-

tiere so zu verstecken, dass er alles mit anhören könne, was gesprochen würde, widrigenfalls würde sie selbst zur Verantwortung gezogen werden. Infolge getroffener Verabredung versteckte sich der Oberstleutnant während der Abwesenheit der Bewohner des Zimmers unter das Bett; Polizei war in der Nähe verdeckt, um sofort dem Offizier zu Hilfe zu eilen; das Signal sollte ein Revolverknall sein. Der Plan gelang. Der Oberstleutnant musste freilich sechs ganze Stunden unter dem Bett aushalten, hörte aber dafür auch eine sehr wichtige Beratung mit an. Es handelte sich um nichts weniger, als um einen neuen Aufschlag auf das Leben des Kaisers, und zwar sollte dieses Mal geschossen werden. Zu Vollziehung des Anschlages meldeten sich fünf von den anwesenden Verschwörern. Eben sollte eine endgültige Wahl getroffen werden, da fuhr mit einem Male der Oberstleutnant unter dem Bette hervor, schob rasch einen Revolverknall in die Luft ab und erklärte der versammelten, aus 21 Personen bestehenden Gesellschaft, dass der erste, der eine Bewegung mache, von ihm niedergeschossen würde. Erhe die Ueberraschung zur Bestimmung gelangt waren, war die in der Nähe befindliche Polizeimannschaft zur Hand und arretrierte die ganze Gesellschaft. Es waren beinahe nur sehr junge Leute, darunter auch Böglinge von Gymnasien.“ Die vorstehende sensationelle Nachricht bedarf keines Kommentars. Sie zeigt, wie furchtbar die Zustände in Russland noch immer sind und wie hartnäckig die verbrecherische Verschwörerbände, durch keinen Misserfolg entmutigt, ihre Ziele verfolgen, indem sie immer neue Opfer als Werkzeuge ihrer Mordpläne in ihre Reize zu ziehen verstehen.

* **Petersburg, 7. Juni.** [Abschied.] Am 5. d. verabschiedete sich, wie der „Russische Invalide“ meldet, der bisherige Kriegsminister, Graf Witulin, von den Beamten des Kriegsministeriums, sprach denselben seinen Dank aus für ihre treuen Dienstleistungen und stellte die Beamten dem neuen Kriegsminister, General Wannoowski, vor. Nachdem Graf Witulin sich entfernt hatte, hielt General Wannoowski eine Ansprache an die Beamten, in welcher er andeutete, der Kaiser habe ihm gesagt, er werde ihm später die Ziele und Wege zu weiteren Beförderungen im Kriegssport anzeigen. Vorher habe aber der Kaiser ihm zur unbedingten Pflicht gemacht, alle möglichen Maßnahmen zur Verminderung der Ausgaben unterzöglisch zu treffen. Der Minister sprach dann die Hoffnung aus, dass es ihm mit Gottes Hilfe gelingen werde, die Pläne des Kaisers durchzuführen, weil er darin bestünde, die benannte Macht Russlands auf der Höhe zu erhalten, die den politischen Bedürfnissen des Reichs und der gegenwärtigen Lage des Heerwesens entspreche, ohne dabei die Steuerkräfte des Volkes zu beeinträchtigen.

* **Bukarest, 4. Juni.** [Widerstand.] Die Meldung von einer unmittelbaren bevorstehenden Reise des rumänischen Königspaares ins Ausland bestätigt sich nicht.

* **Athen, 5. Juni.** [Die Deute.] Der Kriegsminister hat in einer Ordre an den Kommandanten der griechischen Divisionen diejenigen Truppenteile bezeichnet, welche die erste Section der von der Türkei an Griechenland abzutretenden Gebiete besetzen sollen und zwar 3 Bataillone Infanterie, 3 Bataillone Jäger, eine Artillerie-Abteilung, 1 Genie-Abteilung, 2 Eskadrons Kavallerie, 6 Sectionen Fußgendarmerie und 1 Section reitender Gensdarmarie. — Von Seiten der englischen Regierung sind zu Kommissaren für die Delimitation der griechischen Grenze General Hamley, Major Wragg und Hauptmann Swaine ernannt worden.

* **Wien, 6. Juni.** [Abschied.] Der Großfürst Michael Nikolajewitsch hielt heute Vormittag eine Aneue über die hier stehenden Truppen ab, teilte denselben dabei mit, dass er vom Kaiser zu anderweitigen Diensten nach Petersburg berufen sei und verabschiedete sich von den Truppen mit Worten des Dankes für ihre Leistungen, denen er alle ihm zu Teil gewordenen höheren militärischen Auszeichnungen zu danken habe. Morgen werden die Zivil-Beamten vom Großfürsten empfangen.

Die Erbin des Herzens.

Roman von G. W. B.

84) „Aber es ist die Wahrheit. O, wenn Sie wüßten, wie ich, wie sprachen von Glücksgütern, volla, diese Depesche berichtet von einem Todesfall in meiner Familie, durch welchen ich endlich der Erbe anreichender, ja, überreicher Mittel werde.“

„Ich brauche mich nicht mehr zu arrangieren, im Gegenteil, wenn ich jetzt wählen wollte... Bisher war ich sehr abhängig...“

„Aber es ist niemand aus der regierenden Linie?“

fragte die schöne Frau mit lebhaftem Interesse in Wiene und Ton.

„Nebenlinie, nicht standesgemäße, aber namenlos reiche Heirat einst gemacht...“

„Ich gratuliere Durchlaucht.“ Damit reichte sie ihm die kleine weiße Hand. Der großbesetzte Herr hielt sie fest und versuchte der schönen Frau in die feuchtschimmernden Augen zu blicken.

„Ah — Sie floßen mir damit einen Stachel erbarungslos in das Herz. Ich bekomme Reichtum, ja, aber was bleibt dem Herzen?“

„Viel, viel schöne Frauen, welche sich Ihre Guldbüchlein gern zu Füßen legen lassen werden“, antwortete Ottlie lächelnd und schlug den Fächer zu.

„Sie sind hochhaft — und wissen doch, daß nur einer meine Huldbigungen jetzt und fortan gelten.“ Er beugte sie näher, so daß sein Atem fast ihre Wangen streifte, und flüsterte: „Ottlie, wenn Sie frei wären!“

Sie suchte zusammen, als habe sie eine unangenehme Empfindung gehabt.

Die Erbin des Herzens.

Roman von G. W. B.

84) „Aber es ist die Wahrheit. O, wenn Sie wüßten, wie ich, wie sprachen von Glücksgütern, volla, diese Depesche berichtet von einem Todesfall in meiner Familie, durch welchen ich endlich der Erbe anreichender, ja, überreicher Mittel werde.“

„Ich brauche mich nicht mehr zu arrangieren, im Gegenteil, wenn ich jetzt wählen wollte... Bisher war ich sehr abhängig...“

„Aber es ist niemand aus der regierenden Linie?“

fragte die schöne Frau mit lebhaftem Interesse in Wiene und Ton.

„Nebenlinie, nicht standesgemäße, aber namenlos reiche Heirat einst gemacht...“

„Ich gratuliere Durchlaucht.“ Damit reichte sie ihm die kleine weiße Hand. Der großbesetzte Herr hielt sie fest und versuchte der schönen Frau in die feuchtschimmernden Augen zu blicken.

„Ah — Sie floßen mir damit einen Stachel erbarungslos in das Herz. Ich bekomme Reichtum, ja, aber was bleibt dem Herzen?“

„Viel, viel schöne Frauen, welche sich Ihre Guldbüchlein gern zu Füßen legen lassen werden“, antwortete Ottlie lächelnd und schlug den Fächer zu.

„Sie sind hochhaft — und wissen doch, daß nur einer meine Huldbigungen jetzt und fortan gelten.“ Er beugte sie näher, so daß sein Atem fast ihre Wangen streifte, und flüsterte: „Ottlie, wenn Sie frei wären!“

Sie suchte zusammen, als habe sie eine unangenehme Empfindung gehabt.

Die Erbin des Herzens.

Roman von G. W. B.

84) „Aber es ist die Wahrheit. O, wenn Sie wüßten, wie ich, wie sprachen von Glücksgütern, volla, diese Depesche berichtet von einem Todesfall in meiner Familie, durch welchen ich endlich der Erbe anreichender, ja, überreicher Mittel werde.“

„Ich brauche mich nicht mehr zu arrangieren, im Gegenteil, wenn ich jetzt wählen wollte... Bisher war ich sehr abhängig...“

„Aber es ist niemand aus der regierenden Linie?“

fragte die schöne Frau mit lebhaftem Interesse in Wiene und Ton.

„Nebenlinie, nicht standesgemäße, aber namenlos reiche Heirat einst gemacht...“

„Ich gratuliere Durchlaucht.“ Damit reichte sie ihm die kleine weiße Hand. Der großbesetzte Herr hielt sie fest und versuchte der schönen Frau in die feuchtschimmernden Augen zu blicken.

„Ah — Sie floßen mir damit einen Stachel erbarungslos in das Herz. Ich bekomme Reichtum, ja, aber was bleibt dem Herzen?“

„Viel, viel schöne Frauen, welche sich Ihre Guldbüchlein gern zu Füßen legen lassen werden“, antwortete Ottlie lächelnd und schlug den Fächer zu.

„Sie sind hochhaft — und wissen doch, daß nur einer meine Huldbigungen jetzt und fortan gelten.“ Er beugte sie näher, so daß sein Atem fast ihre Wangen streifte, und flüsterte: „Ottlie, wenn Sie frei wären!“

Sie suchte zusammen, als habe sie eine unangenehme Empfindung gehabt.

Die Erbin des Herzens.

Roman von G. W. B.

84) „Aber es ist die Wahrheit. O, wenn Sie wüßten, wie ich, wie sprachen von Glücksgütern, volla, diese Depesche berichtet von einem Todesfall in meiner Familie, durch welchen ich endlich der Erbe anreichender, ja, überreicher Mittel werde.“

„Ich brauche mich nicht mehr zu arrangieren, im Gegenteil, wenn ich jetzt wählen wollte... Bisher war ich sehr abhängig...“

„Aber es ist niemand aus der regierenden Linie?“

fragte die schöne Frau mit lebhaftem Interesse in Wiene und Ton.

„Nebenlinie, nicht standesgemäße, aber namenlos reiche Heirat einst gemacht...“

„Ich gratuliere Durchlaucht.“ Damit reichte sie ihm die kleine weiße Hand. Der großbesetzte Herr hielt sie fest und versuchte der schönen Frau in die feuchtschimmernden Augen zu blicken.

„Ah — Sie floßen mir damit einen Stachel erbarungslos in das Herz. Ich bekomme Reichtum, ja, aber was bleibt dem Herzen?“

„Viel, viel schöne Frauen, welche sich Ihre Guldbüchlein gern zu Füßen legen lassen werden“, antwortete Ottlie lächelnd und schlug den Fächer zu.

„Sie sind hochhaft — und wissen doch, daß nur einer meine Huldbigungen jetzt und fortan gelten.“ Er beugte sie näher, so daß sein Atem fast ihre Wangen streifte, und flüsterte: „Ottlie, wenn Sie frei wären!“

Sie suchte zusammen, als habe sie eine unangenehme Empfindung gehabt.

Stöders Agitation beurteilt von einer Synode.

In der Berliner Kreis-Synode Berlin-Köln wurde am Montag, 30. Mai, die Judenfrage und das Verhalten des Herrn Stöder besprochen.

Stadts. Löw: Da wir einmal in die Besprechung über die innere Mission eingetreten sind, so kann ich nicht umhin, auf die Hege aufmerksam zu machen, die nun schon seit langer Zeit gegen einen Teil unserer Mitbürger und zwar, von evangelischen Geistlichen inauguriert, betrieben wird. (Große Unruhe.) Es ist die erste Pflicht der christlichen Prediger, Nächstenliebe auch gegen Andersgläubige zu üben, nicht aber verschiedene Religionsgesellschaften zum Hass gegen einander aufzureizen. Pflicht aller evangelischen Geistlichen ist es, dazu beizutragen, daß dieser Hege so schnell als möglich ein Ende gemacht werde.

Präsident, Konfessionsrat, Superintendent Rosl: Von dem Synodalen Herrmann ist folgender Antrag eingegangen: „Synode richtet an den Synodalen Hofprediger Stöder die brüderliche Ermahnung, von seiner agitatorischen Tätigkeit in der Judenfrage, als dem Amt eines evangelischen Geistlichen nicht angemessen, ablassen zu wollen. (Große Unruhe.) Präses: Auf Grund der Kirchengemeinde- und Synodalordnung steht der Synode das Recht zu, von dem Leben und Wandel der Geistlichen des Synodalkreises Kenntnis zu nehmen, Ermahnungen zu geben u. s. w., ich bin somit nicht in der Lage, den Antrag abzuweisen.

Syn. Fabrikbesitzer Herrmann: Es ist bereits ausgesprochen worden, daß es in erster Reihe Pflicht eines evangelischen Geistlichen ist, christliche Nächstenliebe zu üben; daß aber von dem Synodalen Stöder in seiner Judenhege das grade Gegenteil geschieht, habe ich wohl nicht nötig, hier des Näheren zu erläutern. Wobin die Judenhege führt, das beweisen uns leider die Vorgänge in Russland. Pflicht der Synode ist es, hier brüderliche Ermahnung zu geben. Ich ersuche Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Hofprediger Stöder: Ich stehe in der Judenfrage nicht auf dem Standpunkte des Angriffs, sondern auf dem der Verteidigung. (Beifall und Widerspruch.) Viele Jahre lang sind die Einrichtungen unserer christlichen Kirche von einer schamlosen, niederträchtigen jüdischen Presse in gemeinster Weise beschimpft worden. Unter jüdischer Presse verstehe ich Zeitungen, deren Besitzer und Redakteure Juden sind. Ich habe dies viele Jahre ruhig mit angesehen; als aber zwei jüdische Männer sich anmaßen, in öffentlicher Versammlung christliche Prediger zu beschimpfen und christliche Einrichtungen herabzuwürdigen, da (s. u.) habe ich es für Pflicht erachtet, das Schwerkert des Friedens, d. h. der Abwehr zu ergreifen. Ich werde das erwünschte Friedensschwert nicht eher niederlegen, bis die Angriffe auf unsere christlichen Einrichtungen seitens einer nichtswürdigen und schamlosen jüdischen Presse aufhören werden. Ehe dies nicht geschieht, werde ich alle in dieser Beziehung an mich herantretenden „brüderlichen Ermahnungen“ oder auch noch weitergehende Anträge unbeachtet lassen. (Große Unruhe.) Gerade die Vorgänge in Russland bekämpfen mich in meinem Vorgehen. (Große Unruhe. Rufe: Hui!) Ich will durch mein Vorgehen gerade verhüten, daß solche Zustände, wie in Russland, bei uns einmal Platz greifen.

Syn. Dr. med. Langerhans: Meine Herren! Die gemordeten Juden in Russland werden wir nicht wieder auf, auch wenn Herr Hofprediger Stöder versichert, die Judenfrage in ein gemäßigtes Fahrwasser zu leiten. Wenn wir aber die Gräueltaten in Russland lesen, so müssen wir doch bekennen, angefangen hat die Judenhege in Deutschland und ins Leben gerufen ist sie von dem Synodalen Hofprediger Stöder. (Lärm.) Herr Syn. Stöder sagt, er befindet sich auf dem Boden der Verteidigung, und zwei Männer jüdischer Religion hätten ihm den Hauptanlaß zu seinem Vorgehen gegeben. Nun, der eine jüdische Mann ist Herr Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Straßmann. Er stand damals vor seinen Wählern und hatte denselben Rechenschaft über alle öffentlichen Tagesfragen zu geben. Er mußte sich also auch über die Kirchenfrage äußern, ohne Rücksicht auf seine religiöse Stellung. Ganz ähnlich verhielt es sich mit dem zweiten jüdischen Manne, unter dem Herr Stöder Herr Ludwig Löwe meint. Wenn in unsern gesetzgebenden Körperschaften Kirchengesetze beraten werden, so haben eben Protestanten, Katholiken und Juden das Recht, mitzusprechen, das läßt sich nun einmal nicht anders thun. Und wenn wir einen Juden für würdig erachten, uns in einer solchen Körperschaft zu vertreten, so hat derselbe nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, vor seinen Wählern seine Ansichten über diese Einrichtungen, Gesetze u. s. w. zu entwickeln. Die Synode ist eventuell in der Lage, auf dem Disziplinarwege gegen den Herrn Stöder vorzugehen. (Große Unruhe.) Denn selbst zugegeben: die Herren Dr. Straßmann und Löwe wären im Unrecht, berechtigt dies zu einer allgemeinen Judenverfolgung? (Rufe: Nein!) Ist das christliche Nächstenliebe?

Syn. Bergmann: In Preußen hat stets Toleranz gegen Andersgläubige geherrscht. Um so mehr ist die mit so großer Leidenschaft von einem evangelischen Geistlichen betriebene Judenhege zu bedauern.

Hofprediger Stöder: Ich verstehe nicht, aus welcher Ursache Herr Syn. Langerhans die Agitation der Judenfrage in Deutschland mit den Morden und Gräueltaten in Russland in Verbindung bringt. (Rufe: D, doch!) Meine Herren! Vor einigen Tagen schrieb die jüdische Presse: Die Schuld an den Judenverfolgungen in Russland trägt der Nihilismus. Nun, meine Herren, daß ich sowohl als auch alle anderen, die sich an der Lösung der Judenfrage in Deutschland beteiligen, mit dem Nihilismus nichts zu thun haben, habe ich wohl nicht nötig zu beweisen. Ich werde anlässlich der Vorgänge in Russland, in Argentinien und auch anlässlich der heutigen Verhandlungen bemüht sein, die Judenfrage so möglich als möglich zu behandeln, aber niederlegen werde ich dies Friedensschwert nicht, ehe nicht von der jüdischen Presse die Angriffe auf unsere christliche Religion und unsere christlichen Einrichtungen aufhören.

Stadts. Löw: Ich will dem Herrn Synodalen Stöder erwidern: Die angebliche Schamlosigkeit, Verlogenheit und Niederträchtigkeit der jüdischen Presse wird noch weit übertroffen von der christlich-sozialen Presse. In dieser wird in Bezug auf Verleumdungen und Verlästigungen geradezu ungenügsam geleistet. Ich bin Vorstandsmitglied des Ausländischen Bezugsvereins und habe an demselben Tische gesessen, an dem Herr Dr. Straßmann die Rede in unserem, dem Ausländischen Bezugsverein gehalten hat, und ich erkläre hier vor aller Welt: Ich hätte, obwohl Synodalmittglied, jedes Wort dieser Rede aus vollster Seele unterschrieben. Daß Herr Dr. Straßmann so sprechen mußte, war nicht seine Schuld. Wer ist denn schuld, daß unsere Kirchen leer stehen? Nicht wir, nein, die orthodoxen Prediger sind daran schuld. (Große Unruhe.) Nichten Sie Ihre Predigten so ein, daß das Volk sich in der Kirche erbauen kann, und halten Sie Ihre Predigten im Einklang mit den Anschauungen der modernen Wissenschaft, dann wird das Volk wieder in die Kirche kommen.

Syn. Camler: Daß Herr Synodaler Stöder den Haß und nicht, wie es seine Pflicht als Geistlicher ist, die Liebe in seinen Versammlungen predigt, hat er von neuem durch die hier getragene Äußerung bewiesen: daß

jüdische Kapital verschulde die Entheiligung des Sonntags.

Hofprediger Stöder (persönlich): Ich erwidere dem Syn. Löw, daß es keine christlich-soziale Presse gibt. Stadts. Löw: Ich habe diese Bezeichnung nur in dem Sinne gebraucht, wie Herr Stöder von der „jüdischen Presse“ spricht. Andersfalls gibt es eben auch eine „christliche“ Presse nicht.

Hofprediger Dr. Freyher von der Goltz: Ich ersuche Sie, den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen. Man kann sehr wohl der Ansicht des Herrn Hedmann sein, ohne jedoch den Antrag desselben für angemessen zu erachten. Ich werde deshalb dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zustimmen. Dies mein Standpunkt in der vorliegenden Sache.

Bei der nunmehr erfolgten Abstimmung gelangte der Antrag des Synodalen Altentrügers mit 25 gegen 23 Stimmen zur Annahme.

Hofprediger Dr. Baur legte Vermahnung dagegen ein, daß die evangelischen Geistlichen Schuld an den kirchlichen Missethätigkeiten tragen. (Von evangelischen Geistlichen war nicht die Rede, sondern von orthodoxen jankisch-jüdischen Geistlichen.)

Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu dem hochwichtigen Vorgang: Die geringe Majorität, mit welcher der Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung gefaßt wurde; ferner der Umstand, daß nicht ein Redner für Herrn Stöder eintrat; endlich eine Bemerkung des Propstes von der Goltz, welche die Mißbilligung der Stöderschen Agitation auch seitens dieses hervorragenden strenggläubigen Geistlichen bekundete — alles dies beweist, daß ein sehr herausfordernd gefaltener Versuch des Herrn Stöder, sich zu rechtfertigen, ohne Eindruck geblieben war. Propst von der Goltz konstatierte ausdrücklich, daß das Votum für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung die Uebereinstimmung mit Herrn Hedmann betreffs des Gebahrens des Herrn Stöder nicht ausschliesse. — Stolz kann Herr Stöder gewiß nicht darauf sein, daß er der ausdrücklichen Beurteilung seines Gebahrens durch einen formellen Beschluß der Synode nur mit sehr knapper Not entgingen.

VI. Westfälischer Lehrertag in Bochum.

C Bochum, 7. Juni.

Raum ist der Flaggen- und Fahnenmund des am 27. und 28. Mai stattgehabten 6. Westfälischen Städtetages verschunden und schon prangt heute von neuem unsere Stadt in einem gleichem festlichen Gewande. Gilt dasselbe doch gleichfalls einem provinziellen Feste, dem 6. Westfälischen Lehrertage, dessen Mitglieder gestern und heute in unserer Stadt tagten.

Am Freitagmorgen hatten sich nachmittags 4 Uhr im Saale der Gesellschaft „Verein“ die Delegierten des Lehrertages zahlreich eingefunden, die außer geschäftlichen Mitteilungen die Tagesordnung für die heutige General-Versammlung festsetzten, und die gleichzeitig wegen der „Wilhelm-Augusta-Stiftung“, der seit November 1879 ins Leben gerufenen Lehrer-Witwen- und Waisen-Kasse für die Provinz Westfalen, Beratung zu pflegen hatten. Nach Erlebigung des geschäftlichen Teils fand eine gemütliche Unterhaltung statt, bei welcher als oberster Grundsatz festgesetzt war, daß Reden und Tische vollständig ausgeschlossen waren. Inzwischen hatten sich die Lehrer aus nah und fern, empfangen auf den Bahnhofen von dazu besonders beauftragten Fest-Komitee-Mitgliedern, im Festlokal eingefunden, welchen sich ein gewähltes und zahlreiches Publikum aus unserer Stadt anschloß. Für die Unterhaltung wurde folgendes Programm in wirklich eckter Weise durchgeführt:

1. Teil. 1. Duvetüre. 2. Prolog. 3. a) Abendständchen von Wendelslohn. b) Lied der Deutschen in Lyon von demselben. 4. Hanne Nittes Abschied vom Lehrer und Pastor. 5. Tenor solo. 6. Hanne Nittes Abschied von den Eltern und Dorfwohnern.

2. Teil. 1. Bass-Solo. 2. Tenor-Solo. 3. Szenen aus der Johanne: a) Jobs kommt von der Universität zurück, b) Jobs im Examen. 4. Bass-Solo. 5. „Auf deinen Hohn“, Volkslied. 6. „So lang man nuchtern ist“ von Wendelslohn.

Es war eine wirklich animierte Stimmung vorhanden; jeder Vortrag wurde mit großem Applaus belohnt und man sah jedem Festteilnehmer die volle Befriedigung vom Gesichte. Schade nur, daß der geräumige Saal all die zahlreichen Zuhörer nicht aufnehmen vermochte, und daß man sich wegen der Ueberfüllung keinen Zutritt mehr erlangen konnte. Speisen und Getränke waren von bester Beschaffenheit, so daß die letzten Gäste erst in früher Morgenstunde ihre Quartiere aufsuchen konnten.

Heute nun wurde die Hauptversammlung morgens um 9 Uhr im festlich geschmückten Saale der Restauration des Stadtkaufhauses durch den Vorsitzenden des Lehrertags, Herrn Rektor Kropf aus Bielefeld, eröffnet, welcher zunächst dem Herrn Bürgermeister Lange das Wort erteilte.

Derselbe hielt in Vertretung des dienstlich verhinderten Herrn Oberbürgermeisters die Begrüßungsrede, welche nach der stenographischen Aufzeichnung folgenden Wortlaut hatte:

„Meine geehrten Herren Lehrer des vierten westfälischen Lehrertages! Es ist mir der sehr ehrenvolle Auftrag erteilt worden, Sie bei Eröffnung Ihrer Hauptverhandlungen hier an dieser Stelle zu begrüßen. Wenn mir je ein Auftrag in meinem Leben freude, recht herzlich und innig Freude gemacht hat, so ist es dieser, weil er mir Gelegenheit gibt, mit Ihnen in nähere und engere persönliche Beziehungen zu treten. Meine Herren! Namens der hiesigen Stadt, namens der städtischen Behörden und namens der gesamten Bürger-Schaft Bochums rufe ich Ihnen ein herzlich Willkommen, Willkommen in Bochum! zu. Wir sehen Sie gern als Gäste in unseren Mauern und möchten in der That gern alles aufbieten, um Ihnen den Aufenthalt in unserer Stadt so angenehm als möglich zu machen. Nur bitte ich Sie, die städtischen Anstalten und Einrichtungen mit wohlwollendem und nachsichtigem Auge Ihrer gefälligen Kritik zu unterziehen. Sie wissen ja, m. H., zwischen dem Willen und Vollbringen ist immer eine große Kluft vorhanden. Wenn es uns auch bisher niemals an dem ernstlichen und redlichen Willen gefehlt hat, immer nur das Gute, das Beste und das Gemeinnützigste ins Leben zu rufen und befördern zu helfen, so haben wir dennoch durch die Not der verlebten schweren Zeiten oftmals mit Hindernissen zu kämpfen gehabt, deren Beseitigung trotz aller Anstrengungen zum Besten beim besten Willen nicht möglich wurde. Dennoch aber sind wir nicht verzagt; wir haben unversdrossen weiter gewirkt und weiter geschafft. Wir haben den Mut nicht verloren, sondern den Kopf oben behalten.

M. H.! Das Interesse der städtischen Behörden, das Interesse unserer Mitbürger an den Volksschulen ist ungeachtet aller verlebten Mühsal und Notstands bisher weder beeinträchtigt noch geschwunden gewesen. Und heute, wo die Sonne einer besseren Zeit uns freundlich entgegenleuchtet, heute, wo so manches bange Herzklopfen hoffentlich für immer verstummt sein wird, heute stehen wir auf dem Boden des besten, lebendigen und regen Interesses für unsere Volksschulen. Wissen wir

doch, daß die Volksschule das erste Fundament bildet für Religiosität und Gottesfurcht, für Tugend und Erziehung, für Moral und Sitte, für Kunst und Wissenschaft! Wissen wir doch, daß die erzieherischen Grundsätze der Volksschule sich fest und einprägen für das ganze Leben, ja daß diese Grundsätze selbst Männern im reifen Alter, Männern in den höchsten Lebensstellungen noch heute zur Richtschnur dienen. Deshalb, m. H., halten auch wir Ihre Beratungen nicht nur für durchaus erforderlich und zweckentsprechend, sondern geradezu für legenbringend. Wir wissen, daß durch den Austausch der Gedanken so vieler in ihrem Berufe erfahrener und praktischer Männer eigenartige Bestrebungen und Sonderinteressen werden vermieden werden und daß aus Ihren Beratungen als Resultat nur in der That das wirklich Gute und Beste hervorgehen kann und hervorgehen darf. Möchte daher Gottes reichster Segen Ihre Verhandlungen begleiten, mögen Ihre Bestrebungen das Wohlwollen der Aufsichtsbehörden erhalten und mögen Sie alle durch Ihren Verein diejenige Befriedigung erreichen, welche Sie bei Gründung desselben wohl hauptsächlich mit ins Auge gefaßt haben.

Möge Gottes Segen aber auch auf Ihrer Wilhelm-Augusta-Stiftung ruhen, mögen derselben auch aus anderen Kreisen recht zahlreiche Beiträge zufließen und möge dadurch das Los der Witwen und Waisen Ihrer verstorbenen Berufsgenossen erheblich verbessert werden. Nochmals, m. H., seien Sie recht herzlich begrüßt in unserer Stadt, seien Sie uns von ganzem Herzen willkommen!

Langer, anhaltender Beifall lohnte den Redner, welchem der Vorsitzende seinen warmen und besten Dank aussprach für seine freundlichen und wohlwollenden Begrüßungsworte. Derselbe trat dann in die weiteren Verhandlungen mit einem Hoch auf Er. Majestät unseren vielgeliebten Kaiser und König, ein, in welches die äußerst zahlreiche Versammlung begeistert einstimmte. Ueber die Reihenfolge der Vorträge entstand entgegen den Vorschlägen des Vorstandes und der Delegierten-Versammlung eine kleine Diskussion. Die Versammlung entschied sich per majora dahin, daß zuerst der Lehrer Linnemann zu Hagen, dann Rektor Schrader zu Minden und endlich der Seminar-Dozent Dr. Wöbe zu Soest die angemeldeten Vorträge halten sollten.

Bericht über die Versammlung des westfäl. Provinzial-Vereins für das höhere Mädchenschulwesen.

R Dortmund, 7. Juni.

Nachdem die Versammlung durch eine kurze Begrüßung von Seiten des Rektors Gräbner aus Dortmund und Ansprache des Vorsitzenden des Vereins, Dr. Kreyenberg aus Jülich, 11 Uhr eröffnet, erfolgte der Klassenbericht und darauf ein Vortrag des Direktors Kreyenberg über den französischen Unterricht an den höheren Mädchenschulen. Er gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über den Unterricht in dieser Disziplin in Familien und Schulen Deutschlands vom vorigen Jahrhundert bis auf unsere Tage und ging dann auf die Thesen, welche gedruckt vorlagen, seines Vortrages über:

1. Ziele. 1. Im ganzen und großen ist für den französischen Unterricht in der höheren Mädchenschule an den Vereinbarungen der Berliner Konferenz festzuhalten, welche als Ziele aufstellt: „Kenntnis der Grammatik, Formenlehre und Syntax; Beschäftigung, Briefe und kleine Aufsätze über Dinge aus dem Anschauungsgebiete der Mädchen im ganzen richtig in französischer Sprache zu schreiben und über solche Gegenstände in einfachen Sätzen mit richtiger Aussprache französisch zu sprechen; Beschäftigung, ein französisches Buch zu lesen; Bekanntschaft mit den Hauptwerken der französischen Literatur aus den klassischen Perioden.“

II. Wege. 2. Der französische Unterricht ist nicht hauptsächlich als ethisches, auch nicht vorzugsweise als ästhetisches Bildungsmittel anzusehen, sondern vorherrschend nach der formalen Seite hin nutzbar zu machen. 3. Derselbe beginne nicht zu früh! Vorauszusetzen bei den Schülerinnen sind solche Kenntnisse im Deutschen, wie sie gewöhnlich nach dreijährigem Volksschulunterricht sich ergeben. Er bemege ein methodisch eingerichtetes Sprachbuch, werde anfangs aber mehr mündlich betrieben.

4. Sofort lehre er auch Grammatik, deren Behandlung auf der Unter- und Mittelform eine überwiegend methodische sei. Für die oberste Stufe ist eine mehr systematische Behandlung zu empfehlen. 5. Er gebe nicht zu viele Regeln, die thörichtlich aus Beispielen abgeleitet werden, jedenfalls nicht eher dem Gedächtnis einprägen, als bis sie nach sehr gründlicher Vorgespräch allseitig verstanden wurden. 6. Der französische Aussprache werde auf allen Stufen große Sorgfalt gewidmet, namentlich schon während des ersten Unterrichtsjahres. Das Verfahren sei seinem Grundzuge nach ein die Fehler verhütendes (prophylaktisches). Auch später sollen in sämtlichen Klassen von Zeit zu Zeit förmliche Aussprachübungen an besonderen Musterstücken vorgenommen werden. 7. Nicht minder sei bei den schriftlichen Übungen leitender Grundsatz, daß die Schülerin davon bewahrt werde, sich falsche Formen einzuprägen. Im letzteren zu verfallen, empfehlen sich vornehmlich schriftliche Klassenübungen mit gleich darauf einsetzender Korrektur. 8. Der Wortschatz werde methodisch u. systematisch eingeprägt (gelehrt u. abgefragt) u. häufiger als bisher wiederholt. 9. Methodische Sprechübungen stelle man auf allen Stufen im Anschluß an den Lesestoff und die Grammatik oder durch Anschauungsbilder an. Auf der Oberstufe werden auch solche Stoffe geeignet sein, welche aus den übrigen Unterrichtszweigen inhaltlich bereits bekannt sind (aus der Geschichte, Geographie, Literatur u. s. w.). 10. Die französische Lektüre beschränke die Einführung in die fremde Sprache als solche; jedoch hat sie die Aufgabe einer Schullektüre überhaupt, wenn auch nicht in dem Umfange und der Bedeutung wie die deutsche. Bei derselben ist auf eine genaue Präparation, ein Memorieren der Wörter und vor allem auf ein nicht nur sinnmäßiges, sondern möglichst formvollendetes Ueberlesen zu halten.

Vielstunde-Anschaffungen erfüllen namentlich die Thesen Nr. 2, Nr. 7 und Nr. 8.

Nachdem von 1/2—2 Uhr eine Frühstückspause eingetreten, wurden vom Rektor Gräbner, unter Vorführung der wichtigsten allgemeinen Grundsätze, nach welchen der naturwissenschaftliche Unterricht an höheren Mädchenschulen zu erteilen ist und welche auch die Verfasser methodischer Lehrbücher leiten müssen, zunächst die bekanntesten Zeitfäden der Naturgeschichte besprochen.

Für den systematischen Unterricht auf der Oberstufe empfiehlt sich zunächst die Naturgeschichte von Kroppe, bearbeitet von Krämer, im Verlag v. Wabedter in Essen. Sie betont mehr die Merkmale der Klassen, Ordnungen, Familien und Gattungen als die der Spezies. Weniger brauchbar für höhere Mädchenschulen sind die Lehrbücher von Burmeister, Schilling, Lemnis u. s. w. Verfügen die Schülerinnen einer Mittelstufe über größere pekuniäre Mittel, als man im allgemeinen voraussetzen darf, so mögen sie sich die Naturgeschichte des Tierreichs v. Kruener und das Lehrbuch der Botanik v. Wäntz anschaffen.

Unter den methodischen Zeitfäden, die auch zugleich als Hilfsmittel zur Repetition den Schülerinnen in die Hände gegeben werden können, für einen einjährigen

Kursus, ist der billigste die Naturgeschichte v. Hummel. Die 3 Hefte, mit beinahe 200 Holzschnitten im Text, kosten 1 M 20 P. Die Darstellung ist musterhaft. Das Lehrbuch von Lütken scheint mehr für Knabenschulen geeignet.

Eine hervorragende Stellung nimmt der Leitfaden für Botanik und Zoologie von Tetzl. Ein jeder Kursus wird in einem besonderen Hefte behandelt. Die Abbildungen sind vorzüglich, die zoologischen Ausbreitungen Tierleben einnehmen. Der Preis des Werkes ist bei seiner prachtvollen Ausstattung außerordentlich billig. Alle Hefte mit weit über 300 Illustrationen kosten 3 M 40 P.

Für einen dreijährigen Kursus haben Lehrbücher geschrieben: Zwiß, Stadtschul-Inspektor in Berlin, Boland, Kreis-Schulinspektor in Borsis u. v. a.

Provinzielles.

Dortmund, 8. Juni. [Auszeichnung.] Se. Maj. der König hat geruht, dem Kommerzienrat Wilhelm Duden aus Dortmund, wohnhaft zu Forest bei Brüssel, die Erlaubnis zur Anlage des Ritterkreuzes des kgl. schweizerischen Ordens zu erteilen.

[Der nördliche Schützenbund] hielt Sonntag-Mittag eine große Parade ab, die um 10 imposanter ausfiel, als von den 700 Mitgliedern, die der Verein zählt, der überwiegend größte Teil zur Stelle war. Später folgte ein fröhliches Fest auf der Hebertsburg, wo der „Dortmunder Orchesterverein“ konzertierte.

[Schreierkel.] Den Schulamtsbewerbern Heinrich Alach aus Kirchhörde und Adolf Schludebier aus Hagen ist die Verwaltung von Lehrstellen an der höheren Stadtschule zu Hattingen, bez. der evangelischen Schule zu Annen provisorisch verliehen. Die Lehrerinnen Ottilie Müller aus Willemsenholz und Maria Pohl aus Heiligenrath sind an der evangelischen Schule zu Aplerbeck, bez. Aplerbeckermarkt endgültig angestellt.

[Zentralbahnhof.] Man schreibt uns: Die Zentralbahnfrage läßt — wenn man so sagen soll — die Bürger unserer Stadt nicht ruhig schlafen. Es tauchen allerlei Kombinationen auf. Bald soll der Zentralbahnhof in die Nähe des Dortmund-Gronau-Eisenbahnhofs, bald auf Station Null erbaut werden. In bezug der Angelegenheit näher stehenden Kreisen ist man indessen genauer unterrichtet. Man weiß in diesen Kreisen bestimmt, daß der Knotenpunkt der drei Straßen (rheinische, westfälische und dortmund-eisenbahner Anschlußgleise) die Stelle sein wird und unbedingt sein muß, wo nächsten alle unsere Personenzüge einlaufen. Nicht nur die Distanz-Gesellschaft, deren Vorstand uns informiert ist, und der bekanntlich die Grundstücke und Gebäude an der Höhenstraße gehören, hoffentlich einmal wieder zu einem glänzenden Geschäftsergebnisse zu gelangen.

[Eruierung.] Auf der Zeche „Margaretha“ bei Aplerbeck wurde am Tage vor den Feiertagen der Bergarbeiter Heinrich Kamp beim Absteigen eines Sprengschusses durch das st. lösende Gestein so schwer beschädigt, daß derselbe dem St. Josefshospital in Hörde überwiesen werden mußte. Kamp ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder und wohnt zu Aplerbeckermarkt. Auf der Zeche „Meffener Tiefbau“ ist in derselben Woche der Bergarbeiter Stein aus Unna dadurch zu Tode gekommen, daß er von dem Pumpenstange resp. zwischen Fangband und Fanganker erdrückt wurde. Stein stand im Begriff sich zu verheiraten. In derselben Woche verbrannte sich auf der Zeche „Monopol“ bei Camen ein Bergarbeiter sehr schwer durch Explosion schlagender Wetter. Derselbe wurde dem städtischen Krankenhaus in Unna überwiesen.

[Ober-Graf-Aushebung.] Mit dem heutigen Tage beginnt für den Stadt- und Landkreis Dortmund die Ober-Graf-Aushebung und sind zu diesem Zwecke der Herr Generalmajor von Petersdorf aus Düsseldorf als Militär-Vorführer und Herr Regierungsrat Walter aus Arnsberg als Zivilvorführer hier eingetroffen.

[Warenprobe.] Es ist bekanntlich zulässig, daß Warenproben und Druckproben zu einer Sendung unter der Lage der Warenproben vereinigt werden, sofern beide Gegenstände den bezüglichen Sonderbestimmungen genügen. Für die Warenproben allein ist nun als äußerste räumliche Ausdehnung 20 cm Länge, 10 cm Breite und 5 cm Höhe normiert worden; diese Grenzen sollen indes zufolge neuerer Aushebungs-Bestimmungen bei zusammengepackten Proben und Druckproben nur für die ersten in Anspruch genommen werden. Beispielsweise können gedruckte Preisverzeichnisse, deren Stoffproben zur Erläuterung des Textes beigelegt sind, zur Beförderung gegen das Porto für Warenproben zugelassen werden, wenn zwar die Preisverzeichnisse selbst die für Warenproben zulässigen Ausdehnungen überschreiten, die beigelegten Proben aber sich innerhalb dieser Grenzen halten.

[Verpflichtung.] Inventarierung und Auseinanderlegung einer Wiederverkaufung. Es sind die gesetzlichen Bestimmungen der Vormundschaftsordnung wohl nicht allgemein bekannt, daher die bezüglichen Paragraphen hier folgen: § 35. Von dem bei Einleitung der Vormundschaft vorhandenen oder später dem Mündel zugefallenen Vermögen hat der Vormund unter Zuguhung des etwa noch vorhandenen Gegenwärtigen ein genaues und vollständiges Verzeichnis aufzunehmen und dem Vormundschaftsgericht mit der von ihm und dem Gegenwärtigen abzugebenden pflichtmäßigen Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit einzureichen. § 43. Ob die Auseinanderlegung über einen dem Mündel angefallenen Nachlaß mit dessen Willen von dem Vormund vorzunehmen ist, hat dieser zu ermitteln. Der Erlaß einer Auseinanderlegung kann vor Gericht, vor einem Notar oder mittels Privatchrift erfolgen. Der Erlaß einer Auseinanderlegung stellt die Teilung gütergemeinschaftlichen Vermögens zwischen dem Ehegatten und dem Erben des Verstorbenen gleich. Hiernach ist bei der Auseinanderlegung behufs Wiederverteilung bei geringem Vermögen die Einreichung eines vom einem Gerichtsrat aufzunehmenden Verzeichnisses (Inventar) nicht erforderlich, bei der Aufnahme zugeteilt und sich überzeugt, daß nichts vergessen oder ausgelassen wird und mit den Ueberlebenden (Schiedsmännern) die Richtigkeit und Vollständigkeit eideschwörend bestätigt und unterschrieben. Als Wert der Gegenstände ist der gewöhnliche, gemeine Wert anzunehmen und ist dieser in der Regel leicht zu finden. Es werden hierüber bei den gewöhnlichen Personen mit geringem Vermögen die oft unverhältnismäßig hohen Kosten des Notars und Zeitverbrauchs für oft mehrere Gänge dahin, ehe der Zweck erreicht wird, gestoppt sein. Vermieden. Auch die Auseinanderlegung, die in den meisten Fällen höchst einfach ist, kann mittels Privatchrift — vom Schiedsmännern und Vormund unterschrieben — erfolgen. Es ist darin auf das Vermögensverzeichnis Bezug zu nehmen, die Uebernahme und Vertheilung des vorhandenen Vermögens, sowie die Uebernahme der Schulden von dem Schiedsmännern und Befreiung der Kinder von der Mitverwaltung auszudrücken; ferner festzustellen, was den Kindern an Vermögen aus der Teilung gebührt und wie die Vertheilung — durch Abschlagszahlungen — und Deposition bei der Sparkasse etc. erfolgen soll, auch wann es ausgezahlt werden muß — fällig ist —, entweder zur Zeit der Großjährigkeit oder etwaigen früheren Vertheilung, was letzteres bei Mündeln namentlich wünschenswert ist, weil bei der Vertheilung die Abfindung zur ersten Einrichtung benutzt werden kann. Die Aufnahme eines Inventars von einem Gerichtsrat, sowie die Erlaß einer Auseinanderlegung vor Gericht oder Notar ist nur da geboten, wo es sich um Immobilien und eingetragene Kapitalien handelt.

[Diebstahl.] Am vergangenen Samstag hat man aus einer Scheune an der Münsterstraße ein Bündel diverser Kleidungsstücke gestohlen. Derselben geboten einem Arbeiter, der von dem Eigentümer der Scheune beschäftigt wurde. Er ist so unvorsichtig gewesen die Sachen in der offenen Scheune liegen zu lassen.

[Diebstahl.] Ein ähnlicher Fall, wie er vor kurzem in der Schwanenbühlstraße passierte, wo man einem fünf Jahre alten Kinde eine goldene Brosche abgerissen, ist vor einigen Tagen am Markt vorübergegangen. Dort hat man nämlich einem 3½ Jahre alten Kinde die goldene Brosche abgerissen und gestohlen. Die Diebstahl fand von einem Mädchen ausgeführt und wird angenommen, daß es in beiden Fällen dasselbe gewesen ist.

Dortfeld, 7. Juni. [Die Obduktion] bei der kürzlich unter verdächtigen Umständen verstorbenen Frau,

von welcher Holzschilde erstellend.

— Jüdische — vormittags 10 Uhr in der hiesigen Synagoge ein Leichenbegängnis. Die Leiche wurde von einem Schul-Kollegen des Verstorbenen von 20 M. p. Handwerker aufgeführt. Dieser Anfall wurde, wie nicht mehr zu bezweifeln, durch die Leiche verursacht. Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— C. G. 27. v. M. H. Oberfeld. Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

— Die Leiche wurde in der Synagoge aufgebahrt.

[illegible]